852.22

Verordnung über die Pflegekinderfürsorge

(Änderung vom 7. November 2012)

Der Regierungsrat beschliesst:

Die Verordnung über die Pflegekinderfürsorge vom 11. September 1969 wird wie folgt geändert:

§ 1 wird aufgehoben.

§ 4. Wer ein Pflegekind aufnehmen will, hat vor der Aufnahme des Kindes bei der für seinen Wohnort zuständigen Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) um Bewilligung nachzusuchen. Das Gesuch muss die Personalien des Pflegekindes, seiner Eltern, der Pflegeeltern und der Vormundin oder des Vormunds enthalten.

§ 5. ¹ Die KESB überprüft das Gesuch. Sie kann zur Abklärung der Verhältnisse die Dienste des Amtes für Jugend und Berufsberatung (Amt) beanspruchen. Die KESB erteilt die Bewilligung, wenn die Pflegefamilie für zweckmässige Unterkunft, Pflege und Erziehung des Kindes Gewähr bieten.

Abs. 2 unverändert.

Abs. 3 wird aufgehoben.

§ 6. Über den Gesundheitszustand des Pflegekindes können die Pflegeeltern oder die KESB von der Versorgerin oder dem Versorger ein ärztliches Zeugnis verlangen.

§ 9. Abs. 1 unverändert.

² Wer sich allgemein anbietet, Kinder unter zwölf Jahren regelmässig tagsüber in seinem Haushalt zu betreuen, muss dies der zuständigen Aufsichtsbehörde melden.

³ Die KESB ist in allen Fällen von Tagespflege verpflichtet einzuschreiten, wenn sie von Missständen Kenntnis erhält.

§ 10. ¹ Die KESB stellt der zuständigen Aufsichtsbehörde von allen Verfügungen über Pflegekinderverhältnisse (Bewilligung, Änderung, Entzug) ein Doppel zu. Die Aufsichtsbehörde führt ein Verzeichnis der Pflegekinderverhältnisse.

² Die Einwohnerkontrolle der Gemeinde meldet der KESB neu zugezogene Pflegekinder.

§ 12. Abs. 1 unverändert.

² Fehlen vertragliche Vereinbarungen zwischen der gesetzlichen Vertretung des Pflegekinds oder der KESB und den Pflegeeltern, gelten die Richtlinien des Amts.

§ 13. ¹ Die Pflegeeltern sind im Interesse des Kindes zur Zusammenarbeit mit der KESB und der zuständigen Aufsichtsbehörde verpflichtet.

² Die Pflegeeltern melden Wohnungswechsel, Beendigung des Pflegeverhältnisses sowie besondere Vorkommnisse unverzüglich der KESB. Bei meldepflichtigen Tagespflegeverhältnissen erfolgt die Meldung an die zuständige Aufsichtsbehörde.

§ 14. ¹ Aufsichtsbehörde über die Pflegeverhältnisse ist das Amt. Die Bildungsdirektion kann die Aufsicht auf Antrag der Gemeinde einer anderen Behörde übertragen.

² Aufsichtsbehörde über die Tagespflegeverhältnisse ist die Fürsorgebehörde am Wohnort der Pflegeeltern. Die Gemeinde kann die Aufgabe einer anderen Behörde oder dem Amt übertragen. Sie erstattet dem Amt die Kosten.

§§ 15 und 16 werden aufgehoben.

§ 18. ¹ Gibt ein Pflegekindverhältnis zu Beanstandungen Anlass, so setzt die zuständige Aufsichtsbehörde die zuständige KESB davon in Kenntnis und ersucht sie, die erforderlichen Massnahmen zu treffen.

² Ist das Kind erheblich gefährdet oder wird es misshandelt, kann es unter Mitteilung an die KESB vorsorglich anderweitig untergebracht werden. Die KESB trifft die erforderlichen Anordnungen.

§ 19 wird aufgehoben.

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident: Der Staatsschreiber:
Kägi Husi

852.22

Verordnung über die Pflegekinderfürsorge

Rechtskraft und Inkrafttreten

Diese Änderung ist rechtskräftig und tritt am 1. Januar 2013 in Kraft ([ABl 2012-11-16](#)).